

Die Grünen in der „Provinz voll Grünem“

Geschichte der Grünen im Kreis Siegen-Wittgenstein

Jürgen Bellers, Universität Siegen 2011

Auch die Grünen in Siegen-Wittgenstein setzten sich zu Beginn aus den Ausläufern der großen, linken 1968-Aufbruchsbewegung und Teil der Friedens- und Anti-AKW-Kampagnen zu Beginn der 1980er zusammen, sie waren zumindest stark von ihr beeinflusst, wenn auch deren extremistische Wurmfortsätze hier glücklicherweise nicht oder kaum präsent waren: Daher waren es weitgehend die 20ig und 30ig-Jährigen, die hier neu begannen - weil man mit der bisherigen (sozialdemokratischen) Mehrheitspolitik nicht mehr übereinstimmte: umweltpolitisch nicht, sozial-, wirtschafts- und außenpolitisch auch nicht. Ohnehin schien nach dem Rücktritt des Hoffnungsträgers Willy Brandt 1974 alles verknöchert, der neue SPD-Kanzler Schmidt (1974-82) betrieb eine pragmatisch-technokratische Politik der Verhinderung einer Weltwirtschaftskrise, und Kanzler Kohl (1982 – 98) versprach auch nicht mehr leisten zu können. Unmittelbarer Antrieb der Gründung war der Kampf gegen die Atomkraftwerke und gegen die Aufrüstung mit Atomwaffen in Ost und West.

Trotz dieses historisch gemeinsamen Hintergrundes galt es in der Zeit nach der Gründung des Kreisverbandes zunächst einmal, in verschiedensten Gruppieren, Versammlungen und Kneipen Konsens zu finden, denn die hier zusammengekommenen Strömungen waren durchaus verschieden. Es ging von (wenigen) Öko-Konservativen über Ex-Sozialdemokraten bis zu vielen Studenten und Ex-Studenten und den (wenigen) Linksradikalen. Ortsverbände wurden gegründet, 1984 in Netphen und in Kreuztal, erst Ende der 80er in Freudenberg, Strukturen wurden aufgebaut, viele Programmwürfe entworfen und Arbeitspapiere erarbeitet, die sich dann mit der Zeit – nach vielen Diskussionen – z.B. zum kommunalpolitischen Programm für Siegen kondensierten. Das hohe Arbeitsengagement wurde nur kompensiert durch den Spaß und die Verve, mit der die Mitglieder die Sachen in Angriff nahmen. Erste Stadträte zogen in die kommunalen Parlamente ein, Delegierte zu den Landes- und Bundesparteitag entsandt, und und und

Dazu kam weiterhin die gesellschaftliche Arbeit (Flugblätter, Medienarbeit, Broschüren, Mobilisierung), wie man sie aus der Herkunft aus den Bürgerinitiativen kannte und beibehalten wollte. Immerhin wurden

schon 1980 Kandidaten für die Landtagswahl (Nolteernsting, Guhde) aufgestellt, allerdings auf wenig aussichtsreichen Listenplätzen. Die Grünen erhielten 3% der Stimmen, konnten aber wegen der 5%-Klausel nicht in den Landtag einziehen. Es war ein beachtlicher Erfolg, der die Altparteien und SPD-Zuchtmeister Wehner nervös zu machen begann. Dabei empfanden die Grünen vom linken Flügel die Mitarbeit in den Räten und Parlamenten als korrumpierend. (Sie erfolgte dann aber doch, natürlich, denn dort nur kann man etwas gesetzlich, und d.h. verbindlich gestalten.)

Die Verwurzelung der Siegerländer und Wittgensteiner Grünen in der „Provinz“ (im Gegensatz zu dem weltstädtischen Köln) hatte zum Vorteil, dass sich die Konflikte zwischen Realos und Fundis in der hiesigen Basis vor Ort nur gedämpft niederschlugen: Dazu musste man zu sehr konkret dem Nachbarn Rede und Antwort stehen, oder Anträge in den Räten stellen, kommunalpolitisch agieren. Oft war die grünen Kommunalpolitiker auch „nur“ kommunalpolitisch interessiert, z.T. waren die Mitglieder noch gänzlich politisch unerfahren, was allerdings den frühen Charme der Grünen ausmachte, die sich allerdings bis heute in der Region erhalten hat – mit einer erstaunlichen, fast naiven Offenheit und ausgeprägten Diskussionsstruktur, die bis zur Dauerselbstbezweiflung führen kann. Insgesamt waren die Grünen in unserem Kreis eher gemäßigt. (siehe Interview mit dem Kreisverbandsgründungsmitglied von 1980, E. Guhde, der bald aber wegen des b u n d e s politischen Linkstrends der Grünen – obwohl prominentes Gründungsmitglied im Kreis - aus den Grünen im Siegerland austrat und zu den „konservativen Grünen“ um den vormaligen CDU-Abgeordneten Gruhl (ÖDP) ging. 1983 zog er nach Düsseldorf.) Überhaupt ist Wittgenstein (im Gegensatz zum altindustriellen Siegen und Kreuztal) eher ländlich, auch mit ruhigen, grünen Kurorten, die auf die Grünen beruhigend wirken (wenn nicht gar einschläfernd, wie die gegenwärtige Mitgliederschwäche in Wittgenstein zeigt)-

Zwar anders, ist auch das Siegerland bodenständig: Das Siegerland ist ein alt- und neuindustrielles Gebiet, mit mittelständischen, metallverarbeitenden, durchaus erfolgreichen Industrien, proletarisch vermischt mit pietistisch-asketischer Frömmigkeit ohne Sinn für weltlichen Tand, architektonisch bescheiden und sittsam, ohne Modernismen – alles schlicht und einfach – und daher angenehm. Und auch die Universität Siegen – vorsichtshalber auf den hohen Haardter Berg ausgelagert – ist technisch geprägt, konkret orientiert auf die Lehrerausbildung.

Das alles hatte zur Folge, dass die Partei bei den Kommunalwahlen 1984 bewusst unter dem Namen „Die Grünen“ und nicht unter deren linkeren Variante „Grün-Alternative Liste“ (wie heute noch z.B. in Hamburg) antraten. Allerdings sollten die Listen offen sein für Bürgerinitiativen und Unabhängige. Auch sollten die gewählten Ratsvertreter (gemäß dem Rotationsprinzip, s. dort) nur die Hälfte Legislaturperiode von fünf Jahren in den Gremien sitzen, sondern nach 2 ½ Jahre abgelöst werden. Dieses Prinzip verlief sich aber schneller als gedacht, weil bei nur kurzer Amtsperiode nicht genügend Erfahrung gesammelt werden kann.

Schon 1980 hatte man bei der Gründung des Kreisverbandes durchgesetzt, dass in der Satzung eine Doppelmitgliedschaft nicht vorgesehen war. Damit wurden faktisch die Kommunisten und ähnliche rausgedrängt (was in folgendem SCHREIBEN auch erfolgstrotzend der Bundes-Ebene gemeldet wurde.) HIER SCHREIBEN

Martin Gräbener-Reimann war weiterhin aber ein aktiver Grüner mit kommunistischer Vergangenheit, der sich insbesondere durch pazifistische Aktionen (Proteste gegen öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr) zur Wehr setzte. Die anderen Parteien nahmen dies natürlich zum Anlaß, die Grünen in die dunkelrote Ecke abzudrängen. ??? wurde Gräbener trat 1987 aus der Partei. Die Stadtverbandsversammlung Siegen bekräftigte dann im August 1987 den Austritt, dessen rechtlicher Charakter unklar war und der von Gräbener bestritten wurde, durch einen Ausschluß, um dem Dauerkonflikt ein Ende zu setzen. Einen Realo-Fundi-Konflikt wie im Bund gab es im Kreis ohnehin nie.

Allgemein waren die Grünen außerhalb der größeren Städte im Kreis zunächst weniger vertreten (auch wenn man Kandidaten für die Räte aufzustellen begann und mitgliederschwache Ortsverbände gegründet wurden). Oft musste hier der Grünen-Kreis organisatorisch helfen. Es mussten ja die juristischen Vorgaben des Parteiengesetzes eingehalten werden. Erst mit der Zeit bildeten sich überall stabile Ortsverbände, was Ende der 80er Jahre abgeschlossen war. Wie bei allen Parteien, sind die Verbände auf dem Lande mitgliederschwach, so dass es im Kreis bei einer Dominanz von Siegen blieb und wohl bleibt. Der Kreisverband versucht dem stets entgegenzuwirken.

Ein (innerparteilicher) Erfolg der Grünen-Arbeit war u.a das Wahlprogramm von 1984 – trotz aller Differenzen und Quängelien. Auch

bei den Grünen menschtelt es erheblich – manchmal mit erstaunlicher Feindseligkeit.

Man beteiligte sich also auch intensiv an den parlamentarischen und kommunalen Wahlen – neben der außerparlamentarischen Arbeit, wie immer wieder betont wurde, weil man Angst hatte, von der Macht vereinnahmt zu werden.

Um auch die Parteiorganisation insbesondere im ländlichen Raum auszubauen, traf sich Mitte März 1983 die Regionalgruppe Wittgenstein der Grünen in Leimstruth (30 Mitglieder). (SZ 28.3.83), um das weitere Vorgehen zu besprechen: Der Kreisverband hatte zuvor schon für 1984 formell zwei finanziell und organisatorisch unabhängige Regionalverbände (Siegen und Wittgenstein) anvisiert, mit der Aufgabe, im Kontext des Kreisverbandes die bestehenden, noch schwachen Ortsverbände z.B. in Bad Laasphe, Bad Berleburg und Erndtebrück zu koordinieren. Allerdings konnte zunächst im November 1983 kein neuer Sprecher für die Regionalgruppe Wittgenstein gewählt werden. Grund für diese Aufteilung waren die erheblichen Animositäten zwischen Wittgensteiner und Siegerländer Grüne, die 1987 fast zur Spaltung geführt hätten (siehe Näheres oben). Auch deshalb war die Partei gegen diesen Großkreis. Aber sie brauchte den Kreisverband wiederum, damit sie KandidatInnen für die Wahl zum Kreistag aufstellen konnten – der zentralen kommunalpolitischen Instanz in dieser Region, angesichts der vielen kleinen Gemeinden und der Tatsache, dass auch Siegen – obwohl mehr als 100.000 Einwohner – dem Kreis angehörte.

Anhand einer Wahlanalyse, die in den Städten ein Wählerpotential von 4,5, in kleineren Orten wie Banfe und Girkhausen aber nur 2,5% aufzeigte, überlegte man Leimstruth, sich ggf. vorrangig in diesen kleineren Gemeinden zu treffen. Wie die Sprecherin der Regionalgruppe, Almut Treude-Krönert, berichtete, diskutierte man auch, ob man angesichts des sozialen Drucks groß genug sei, die Teilnahme an der anstehenden Volkszählung zu verweigern, zumal die Fragebögen z.T. von der Polizei verteilt und eingesammelt würden. Fast schon flehend betonte daher die Sprecherin, dass man sich auf jeden Fall zunächst mit der stärkeren Regionalgruppe Siegen absprechen müsse. Auch kam man an diesem Abend zunächst nicht zu einer endgültigen Stellungnahme – sympathische Anarchie. Es gab glücklicherweise (noch) keine „Vor“stände oder Hinterstübengruppen, die alles vorausplanten und zu steuern versuchten.

Trotz allen Hin und Hers und auch angesichts nicht weniger persönlicher Konflikte kandidierten 1984 die Grünen zu allen Stadträten in der Region, was insbesondere eine große Leistung der ländlichen Grünen war. Es gab noch kein Handy und kein Internet!

Die Arbeit an der Basis der Basis, in den Gemeinden und Städten, kam in der Emphase der ersten Stunde teilweise fast schubartig in Gang: oft agierte eine kleine Gruppe als Kern und zog die anderen mit, ohne dass das basisdemokratische Element verlorengegangen wäre. Anfang 1984 trafen sich die Grünen von Erndtebrück, um über verkehrs- und wasserpolitische Fragen zu diskutieren. In der Frage einer geplanten Ortsumgehung kooperierte die Partei pragmatisch mit der Kreis-FDP und mit der Aktionsgemeinschaft Naturpark Rothaargebirge. (SZ 3.8.84) Diese neue Straße wurde wegen ihrer umweltschädlichen Folgen und auch deswegen, weil mehr Straßen nur immer mehr Verkehr erzeugen oder gar die Abwanderung fördern, abgelehnt. Stattdessen schlug man den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs vor.

Was die Wasserversorgung betraf, plädierte man für eine ortsnahe, eigene Versorgung, im Gegensatz zum Anschluss an entfernte Talsperren, die angesichts irrealer Prognosen und planungseuphorischer Verwaltungen nur zu einer Überversorgung führen würden. Auch die Entsorgung sollte durch dezentrale Kläranlagen und Hausgruben erfolgen. Die geplante Verfüllung des Leimbachtals mit Müll lehnte man ohnehin ab. Besser sei eine generelle Recycling-Kreislaufwirtschaft, wie dass dann ja auch in den 90ern auf Druck der Grünen hin bundesweit verwirklicht wurde. (Bei der Betrachtung der Geschichte der Grünen fällt sowieso auf, wie stark sich die Partei mit ihren Forderungen durchgesetzt hat. Z.B. sind Umweltverträglichkeitsprüfungen heutzutage selbstverständlich.)

Ende August 1984 organisierten die Grünen von Bad Laasphe eine Wahlkampfveranstaltung zu den Kommunal- und Kreistagswahlen im Herbst. Der Spitzenkandidat für den Kreis, Albrecht Belz aus Erndtebrück, zeigte drei große Übel auf: 1. die Eingriffsbehörden, wie der Straßen- und Gewässerbau, 2. die Unterhaltungsbehörden wie der Landschaftsverband, und 3. EU-Agrarbehörden. „Es deutet sich ein neuer Trend an, dass Flurbereinigung ein Instrument der Landschaftsplanung wird. Damit macht man den Bock zum Gärtner.“ (zit. nach SZ 18.9.84) (siehe auch Kap. Wirtschaftsförderung) Zur Behebung der Arbeitslosigkeit schlug er Halbtagsarbeit vor, die Beibehaltung von Handwerk und Einzelhandelsgeschäften vor Ort und dezentrale Entsorgungs- und Versorgungssysteme – die Halbtagsarbeit analog zum erfolgreichen IG-

Metall-Kampf der damaligen Zeit für die Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich (woran der deutsche Export nicht kaputt gegangen ist, da der Preis nur ein Faktor u.a. für die Abnehmer ist.) Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele sollte die Aktivierung der BürgerInnen sein – so die Wittgensteiner Grüne. Durch die Konservierung der traditionellen Strukturen konnte man auch der weiteren Urbanisierung mit ihrem Verfall von sozialen Strukturen (Individualisierung, Singles, Verwahrlosung von Kinder) entgegenwirken – Probleme, die uns heute erst so richtig deutlich werden, wo vielleicht die damals noch mögliche Rückkehr zu den Tante-Emma-Läden z.B. (mit ihren Geselligkeitsfunktionen) immer schwieriger wird, auch wenn es natürlich nicht aussichtslos ist. Auch wenn damals bei den Grünen im Vordergrund stand, dass der Laden um die Ecke lange, energieteure und unökologische Fahrten zum Einkaufszentrum auf der „Grünen Wiese“ (ein falscher Vergleich) verhindern würde – so Heidrun Clemen-Kaiser, Kandidatin für den Berleburger Stadtart.

Nach den Bundestagswahlen von 1983, durch die die Grünen zum ersten Mal in den Bonner Bundestag einzogen, wuchs auch im abgelegenen Siegerland und Wittgenstein die Zahl der Mitglieder stark an, und neue Ortsgruppen entstanden. Aktionen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen, Waldaktionen (z.T. mit Prominenten, u.a. mit dem Bundessprecher Knabe) und Veranstaltungen zum Thema Frieden waren die Hauptaktivitäten, alles mehr projektartig organisiert und wenig institutionalisiert – mit all den daraus folgenden Vor- und Nachteilen. Die Regionalgruppen hatten aber schon Sprecher und Kassensführer mit Kassen ohne rote Zahlen.

Aktiv war man aber auf jeden Fall: So waren die fünf grünen Ratsmitglieder (Sprecherinnen: Götting, Brahmst, Geschäftsführer Gräbener-Reimann) 1984 zu Beginn der neuen Legislaturperiode des Siegener Stadtrates besonders fleißig und engagiert (womit ich mich nicht darüber lustig machen will): Nicht nur, dass man – obwohl chancenlos - eigene BürgermeisterkandidatInnen stellten; auch, dass man neun Anträge zu unterschiedlichen Themen einbrachte. Man wollte verbieten lassen, dass die NPD städtische Hallen nutzen darf; die Ehrenbürgerschaft Hitlers sollte aufgehoben werden; man verlangte ein allgemeines Rauchverbot in Ratssitzungen (was erst rd. 20 Jahre später generell Wirklichkeit wurde). Dass es allgemein zum zwischenparteilichen Gerangel um die Besetzung der Ausschüsse kam oder dass die anderen Parteien die neuen Grünen nicht dabei haben wollten, ist natürlich und soll nur am Rande erwähnt werden: Politik ist Kampf um Macht und nicht nur das Streben nach dem

Gemeinwohl. Aber die Grünen setzten sich durch – mit sachlicher Arbeit, notfalls mit Hilfe der Gerichte.

Wichtig war auch stets die Einbeziehung der BürgerInnen in die Entscheidungsprozesse, gefordert wurden Bürgerbegehren, die dann bei der Revision der NRW-Kommunalverfassung von 1994 umgesetzt werden konnten. Dass man nicht blauäugig war, zeigt dieser Erfolg.

Nach den für die Grünen erfolgreichen Kommunal- und Kreistagswahlen (mit bis zu 8%) wählte die Regionalversammlung Wittgenstein Dietrich Rohrbeck (mit damals typischem Vollbart) zum Sprecher. (SZ 13.10.84) Mit dem Einzug in die Parlamente kam es auch zu den ersten hauptamtlichen und besoldeten Grünen-Mitarbeitern durch die Fraktionsbeiträge und die Wahlkampfkostenerstattungen – wenn auch gegen Kritik aus den machtkritischen Grünen selbst.

Wie bereits erwähnt, hat die parlamentarische Arbeit auch Nachteile. Die Organisation wird zunehmend von Wahltermin zu Wahltermin getrieben, und 1985 standen schon wieder die nächsten Wahlen an, die Landtagswahlen. Als einzigen Wittgensteiner Kandidat stellten die Grünen im April 1985 in Bad Berleburg den Forstwirtschaftsmeister Hans Mengel. U.a. wollte man die Arbeitslosigkeit mit Subventionen für Kleinbetriebe statt für Großkonzerne abbauen. Die zuvor pauschale Ablehnung von Ortsumgehungen wurde nun dahingehend differenziert, dass man sie bei ökologischer Unbedenklichkeit dann befürworten wollte, wenn sie den innerörtlichen Verkehr um mehr als 50% verringern würden. Der grüne Leiter des Hilchenbacher Sozialamtes, Krönert (Zinse), kündigte an, dass die SPD wegen des ähnlichen Wählerpotential des Hauptgegner im Wahlkampf sei (was aber keine Sympathie für SPD und FDP bedeute, wie betont wurde). Mengel wies insbesondere auf die Gefährdungen des Baumbestandes hin, was auch wirtschaftlich regional bedeutsam sei, denn die Wittgensteiner Kurgäste kommen wegen der schönen Landschaft und auch wegen der Ruhe, die aber durch Militärflugzeuge gestört werde. U.a. deshalb die Forderung nach Tempolimit und Abgasentgiftung der PKWs – bundesweit. Oder auch die Unbenennung von Straßen mit Namen von Soldaten oder Generälen in solche von Pazifisten (was aber bis heute von den Mehrheitsparteien nicht akzeptiert wird.) Man erinnere sich: Es war die Zeit der großen Massendemos gegen die Nachrüstung und die Militärpolitik der USA unter Präsident Reagan.

Helga Brahmst setzte sich für Frauenförderung ein, insbesondere auch für mehr Lehrstellen für junge Frauen in zuvor als männlich betrachteten und dominierten Bereichen. Gräbener-Reimann wollte Friedenspolitik auch lokal, konkret: sich gegen die „Militarisierung“ der Region wenden, wie er sie u.a. durch die Stationierungen im Kreis gegeben sah. Und schließlich wollten alle, wenn sie im Kreistag sind, diesen wieder auflösen, weil der Kreis ein zu großes Monster sei – was er wohl auch mit der Zusammenführung so unterschiedlicher Gebiete wie das Siegerland und das Wittgensteiner Land auch war. Die Wohnungsknappheit wurde auch durch phantasiereiche Aktionen angegangen – zu Beginn der 80er sogar noch die Hausbesetzungen. Ein Vorschlag der Grünen im Jahre 2000 war, in Bebauungsplänen vermehrt kosten- und flächengünstigen, mehrschossigen Mietwohnungsbau vorzusehen, eine öffentliche Wohnungsvermittlungsstelle einzurichten sowie den Abriss von Häusern zu stoppen.

Die offene Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner scheute man nicht, so in einer Podiumsdiskussion zwischen dem Siegener Stadtrat(skandidaten) und dem Ratskandidaten Dr. Schultze von der FDP, wenn man so will dem ideologischen Gegenpol: individualistischer Liberalismus versus solidarisches Wirtschaften. (SZ 14.9.84) Gräbener lehnte in der Diskussion die entgegenkommenden Kooperations-Angebote der FDP ab, er sah keine gemeinsamen Grundlagen.

Öffentlich wehrte sich die Partei, als der CDU-MdB Paul Breuer verhinderte, dass Grüne an einer Podiumsdiskussion teilnehmen. Die CDU lehnte 1984 jede Kooperation mit den Grünen ab – anscheinend in vollkommener Unkenntnis deren Programm. Die CDU verwies u.a. auf das Verhalten von Gräbener-Reimann, der zum linken Flügel der Grünen gehörte und später die Partei auch verließ. ????. Aber das war wohl nur ein Vorwand für die Ausgrenzungsabsicht. 1986 distanzierten sich der Grünen-Kreisverband von den sog. Friedensliste, die als kommunistisch unterwandert galt und es wohl auch war. (Notiz im Grünen-Archiv vom 7.4.86)t

Dass die Matadore vor Ort wie Brahmst und Gräbener jedoch nicht den Bezug zur Basis verloren, dafür sorgte diese selbst, indem die beiden nicht auf die ersten beiden Plätze der Liste bei den 84-Wahlen kamen, so wie man auch beschloss, dass die Fraktionen den Beschlüssen der Partei folgen müssten (imperatives Mandat).

Auch im Event-Marketing war man gut: ein Zukunftsbaum wurde öffentlich und im Beisein der Medien gepflanzt, gegen den Sauren Regen, der 1984 alle erregte und ängstigte. (Stichwort: Waldsterben)

Phantasie reich war auch 1986, als von der Tribüne im Rat zu Siegen Salatblätter und Gemüse flatterte.

Im April 1985 referierte die Repräsentantin des Öko-Fundamentalisten-Flügels, J. Ditfurth, in Siegen, der ebenfalls eingeladenen Öko-Sozialist Th. Ebermann aus Hamburg sprach gegen weitere Industrialisierungen aus, und der Radikalreformist Kostede war für einseitige Abrüstungsschritte des Westens, um den Friedensprozess zwischen Ost und West wieder in Gang zu bringen.

1986 stand im Mittelpunkt die Katastrophe von Tschernobyl, auch kommunal und regional, denn die Strahlen reichten weit: So wollten die Grünen die Ereignisse vom Kreistag besprechen, aber die Altparteien lehnten das mit dem Vorwand ab, dass das nicht zum kommunalen Wirkungskreis gehöre. Dagegen reichten sie eine Dienstaufsichtsbeschwerde im Regierungspräsidium ein, die abgelehnt wurde.

Ende April 1988 suchten der Kreisverband und die Grünen-Fraktionen aus den Rathäusern des Kreises eine Bilanz der kommunalpolitischen Arbeit des ausgehenden Jahrzehnts. Man war zwar nicht mehr euphorisch wie zu Beginn, aber auch noch nicht resigniert. Sachlich und pragmatisch wollte man weitermachen. Ernüchert waren die Vertreter insbesondere darüber, dass sich die anderen Parteien selbst Sachdiskussionen entzogen und mehr über die Kleidung schimpften, anstatt sich für Probleme zu engagieren. Das allgemeine politische Klima war noch sehr anti-grün, zumal die Partei im Wählerpotential der SPD wilderte und man noch in scharfen links-rechts-Kategorien dachte – Folge des noch bestehenden Ost-West-Konfliktes, obwohl die Grünen mit ihrem ökologischen Ansatz nicht so recht in dieses Schema passten. Das machte es fast unmöglich, Mehrheiten zu gewinnen, auch in harmlosen Themen wie einer Optimierung der Abfallwirtschaft im Sinne von Müllvermeidung, wie es heute selbstverständlich. Heidrun Kaiser-Cleme, Ratsfrau aus Bad Berleburg, resümierte: „Es ist vollkommen aussichtslos, mit Anträge in die Köpfe der Leute vorzudringen.“ (Archiv Grüne Siegen-Wittgenstein) Nur durch kleine Tricks wie das Umformulieren von Anträgen erreichte man kleine Erfolge, weil das die anderen Parteien nicht merkten. (Bei den Grünen war man schon immer offen ehrlich, auch in der Öffentlichkeit. Man nahm und nimmt die Nachteile solchen Verhaltens bewusst in Kauf.) Aber der Alltag war oft, dass man sich sogar um die richtige Protokollierung seiner Äußerungen im Stadtrat kümmern musste.

Albrecht Belz empfand die konfrontative Lage zwischen den Parteien auf Kreisebene noch schlimmer. Das läge auch am Alter der Vertreter anderer Parteien. („Beton-Opas bei der SPD“, die – infolge Unkenntnis - durch Ökologie um die industrielle Basis ihrer Arbeiterschaft fürchtete, ebenso wie der DGB. Dabei wollen ja gerade die Grünen gerade auch mittelständische Betriebe fördern.) Oft machten sich die Grünen im Kreistag einen Spaß daraus, Anträge mit Forderungen aus SPD-Programmen zu stellen, in der sicheren Erwartung, dass die sozialdemokratischen Vertreter sie ablehnten. Die klientelistische Verbindung von SPD, Landesregierung und Großindustrie im Ruhrgebiet sowie z.T. – wenn auch nicht ganz so schlimm – im Siegerland konnte sehr engstirnig und kurzfristig-interessenorientiert sein. Es war noch die – trotz Stahlkrise – satte SPD von Übervater Rau, von IG-Metall-Chefs wie Steinkühler, der dann wegen Inkorrektheiten zurücktreten musste, und des allmächtigen SPD-Landesbankchefs Neuber. Auch die CDU war hier weitgehend außen vor. Dies störten andere nur. Ohnehin war im Kreis in informellen Vorgesprächen schon zuvor mit den Meinungsführern der Großparteien alles abgeklärt – so Belz weiter -, so dass die Vorlagen der Kreisverwaltung die Gremien ohne Schwierigkeiten passierten. Die Grünen waren hier in einer Art von später Rache für 1968 ausgegrenzt. Dabei konnten sie nicht auf so etwas wie die eingefahrenen Apparate der Altparteien zurückgreifen. Die grünen Ratsvertreter klagten durchweg über hohe Arbeitsbelastung.

Das Ressentiment der anderen Parteien war um so unverständlicher, weil es der Ökologiebewegung ja primär „nur“ um ein Bewahren von Schöpfung und Umwelt ging, aber solche wertkonservativebn Einstellungen waren auch der CDU abhandengekommen, je mehr sie sich einem marktwirtschaftlichen Industrialismus und dessen unbegrenzter Wachstumslogik verschrieben hatte, insbesondere unter Kanzler, der einer – allerdings noch sozialpolitischen gebremsten – Liberalisierung der Wirtschaft verpflichtet war. (Nach dem Untergang des Ostblocks wurde der Liberalisierungskurs dann noch rasanter, unter Schröder und Merkel z.T. explizit und gewollt.)

Insgesamt gab es jedoch kein wehleidiges Gejammer einer Minderheit, sondern eher Mut und Abenteuerlust, dort weiterzumachen, wo und wie man begonnen hatte: Man zog allerdings Konsequenzen, so wollte man themenspezifische Arbeitsgemeinschaften gründen, um gebündelt diskutieren und arbeiten zu können.

Man war nach 10 Jahren durchaus leiderprobt, was aber am Glauben an die eigene Mission nichts änderte, zumal Leid auch stärkt und realistisch

sowie pragmatisch macht, und manche der Kämpfer und Heldinnen kam aus der gescheiterten Studenten- und 68-er Bewegung und dadurch noch mehr in der Mühseligkeit und Langwierigkeit von Politik erfahren. Auf Pöstchen war man ohnehin kaum aus. Schließlich trug zur Resignationsresistenz mit bei, dass man zuweilen auch durchaus Erfolge hatte, wie z.B. kleine und größere Änderungen in Bauplänen hier und dort, und sei es nur, dass man einen Grünstreifen durchsetzte. Auch wer das Vordringen der Frauen bei den Grünen (bis hin zur 50%-Quote) als solches schon ein Erfolg, z.B. sprach man von einer „Viererbande“ bei den Grünen und deren Frauen-dominierte Liste beim Kreistagswahlkampf vom Herbst 1989. Grünen-Bundestagsabgeordnete H. Rock (vormals Bäntsch): „Wir wollen zeigen, dass Frauen in der Lage sind mitzureden, und zwar kompetent.“

Denn Politik lebt auch von Symbolen und der Zeugenschaft, dass man auch in schweren und widrigen Zeiten im Gegenwind die Fahne hochgehalten hat. Das macht dann zwar noch keine Märtyrer (ein Glück nicht in unserer Gesellschaft), aber eben doch schöne Legenden und die schon oben erwähnten Helden, wenn man sie als solche versteht, die nicht nur in der Mehrheit mitschwimmen, sondern in einer Diktatur des Relativismus feste Meinungen vertreten und dafür einstehen. Da die Geschichte auch zeigt, dass viele Symbole in ihrer Kumulation mentale Revolutionen bewirken, wie die heutige Selbstverständlichkeit von grünen Forderungen von damals zeigt, nach nur 20 Jahren. Was will man mehr!

Dieser Erfolg hatte seine Ursache auch darin, dass die Grünen nicht in den Fehler der Studentenrebellion verfielen, nämlich stunden- und tagelang nur – in überakademisierter Weise – endlos über die „Systemfrage“ bloß zu diskutieren: ob man überhaupt das System ändern oder reformieren könne oder nicht, anstatt in kleinen Schritten reformistisch einfach zu tun, wie es die Grünen in den vielen Parlamenten taten und tun (was natürlich intensive Diskussionen nicht ausschloß, bis in die späte Nacht hinein.) Dass die Parteien nur zum geringsten Teil aus den großen Debatten der Bundesparteitage bestehen, wird von der Parteienforschung oft übersehen, wenn nicht sogar die Wissenschaft ihre Terminologie (links/rechts, Realo/Fundi) in die meist sehr differenzierte Realität projiziert. Das Leben ist immer mehr als das Kategoriensystem, in dem wir denken.

Zu den Erfolgen gehörte z.B. auch, dass das Verwaltungsgericht Arnsberg im Juli 1988 den Grünen Siegens Recht gab, der Bürgermeister dürfe nicht einen beantragten Tagesordnungspunkt der Partei zu der

anstehenden Volkszählung ignorieren, auch wenn er eine solche nicht durchführen dürfe, aber beraten dürfe man dennoch darüber. Das ergäbe eindeutig die Gemeindeordnung, die Minderheiten schütze. Ähnlich hatte die Partei ja schon einen juristischen Erfolg gegen die Bundespost errungen, die gerichtlich gezwungen wurde, Briefe der Grünen auch mit einem ökologischen Logo zu befördern. Man sieht, wie schwierig diese Anfangssituation war und um welche Selbstverständlichkeiten man kämpfen musste.

Ökologie

Was hieß das im Einzelnen? Wie wurde es umgesetzt? Der grüne Kreistagsabgeordnete Belz forderte 1984 weitere Naturschutzgebiete, nachdem elf Jahre lang keine ausgewiesen worden seien. (WP 6.8.84) Was wohl auch daran lag, dass die Landschaftsbehörden personell unterbesetzt waren. Denn weitere Naturschutzgebiete seien notwendig und müssten auch verwaltet werden.

Dezentralisierung

Wichtig war den Grünen von Anfang an die Auflösung oder zumindest Rückstutzung der lebensfremden und bürgerfernen, administrativen und machtvollen Großstrukturen, wie sie auch in Siegen-Wittgenstein infolge der territorialen und funktionalen Gebietsreform entstanden sind und die BürgerInnen zunehmend von ihren Belangen entfremdet haben (Politikverdrossenheit, Verfall der Parteien, geringe Wahlbeteiligung). Dass das möglich ist, zeigt der Erhalt von auch kleinen Gemeinden (bei kommunaler Zusammenarbeit) z.B. in Rheinland-Pfalz und Thüringen. Der sozialdemokratische Zentralisierungs-, (angebliche) Effektivierungs- und Egalisierungswahn erweist sich nicht als sachnotwendig. Auch werden kleine Formen auch nicht so schnell von übergeordneten „Zwängen“ erfasst, sie können sich, da autarker, auch besser widersetzen, z.B. gegen Wachstumsirrationalismen oder gegen die überregulierten und hoch arbeitsteiligen Sekundärsysteme, die uns entmachten und alles für uns regeln wollen, was wir früher selbst gemacht haben. – Dem berechtigten Misstrauen gegen die Zentralisierungen

entsprang auch die Ablehnung der Volkszählung von 1984 und der Statistiksammelwut überhaupt.

In der 1984 gewählten Kreistagsfraktion wurde Albrecht Betz (Erndtebrück) zum Sprecher gewählt (wie es stets statt des gravitätischen „Vorsitzenden“ basisdemokratisch hieß), dessen Stellvertreterin wurden Helga Brahmst (Siegen), Wilfried Jarchow (Siegen) und Hartmut Thomas (Netphen). „Die Sprecherfunktion soll im jährlichen Wechsel unter den Abgeordneten“ (so wie damals noch auf allen Ebenen der Grünen), berichtete die Siegener Zeitung ausnahmsweise am 13.10.1984 ohne Schaum vor dem Mund. Auf der Kreistagssitzung am 19.10.1984 beantragten „Die Grünen im Kreistag“, wie sie sich nannten, „dass dem Ausschuss für Umwelt und Landschaftsschutz 18 stimmberechtigte Mitglieder angehören (sollen), die vom Kreistag gewählt werden. Für jedes Mitglied ist gleichzeitig ein Vertreter zu bestellen. Zudem werden – so der Antrag weiter – zu Einzelfragen sachkundige Bürger als beratende Mitglieder hinzugezogen. Stimmberechtigt sollen 13 vom Kreistag benannte Mitglieder und fünf Männer und Frauen sein, die von folgenden, auf Kreisebene tätigen Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutzverbände vorzuschlagen sind: Bund für Naturschutz und Vogelkunde, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland, Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt, AG Umwelt und Landschaftsschutz, AG Naturpark Rothaargebirge. ...“. Grünen-Vertreter Thomas: „Was für Interessenvertreter aus den Bereichen von Wirtschaft oder Kultur recht ist, muss für Vertreter der Umwelt- und Naturschutzverbände billig sein.“ Der Antrag wurde abgelehnt.

Wie schon erwähnt, waren die Differenzen im Kreisverband zwischen den Wittgensteinern und den Siegerländern erheblich. Im März 1988 trat fast der gesamte Kreisvorstand zurück. Helga Treude, Angestellte des Siegener Grünen-Büros, wurde kommissarisch, zur Fortführung der laufenden Geschäfte, zur Geschäftsführerin gewählt, unterstützt von Helga Gaden, der Leiterin des Grünen-Regionalbüros in Kreuztal. (SZ 7.3.88) Es ging in Thesenpapieren der Strategiekommission und von Mitgliedern u.a. um die Frage, inwieweit die parlamentarische Tätigkeit die Arbeit der Grünen insgesamt lähme. Im Hintergrund köchelte weiter die causa Gräbener. Ex-Kreisvorstandsmitglied Braas beklagte zudem „völlig überflüssige Verkrampfungen, die darin bestehen, dass sich eine Gruppe von Grünen aus einer ländlichen Region als quasi ethnische Minderheit von einer städtischen Grünen-Gesellschaft permanent majorisiert fühlt.“ Derartige Streitigkeiten

könne man sich bei der knappen Personaldecke nicht leisten, so aber der Konsens – trotz allem. Denn man wusste auch von den Mitgliedern, dass manche Grüne nur unregelmäßig mitarbeiteten und andere lieber Theorien studieren würden. Hartmut Thomas war dabei eindeutig für die praktische Arbeit, was auf die Kritik von Gräbener stieß. Insgesamt wurde bedauert, dass hinter diesen Konflikte oft nur persönliche Animositäten stünden. Wichtig sei z.B. die Flüchtlingsarbeit, nicht persönliche Eitelkeit.

Die 90er Jahre: Konsolidierung

Die 90er Jahre der Konsolidierung begannen bei den Grünen schon 1989. In diesem Jahr begannen sich z.B. in der Kommunalpolitik von Siegen die Parteien anzunähern, eine rot-grüne Koalition schien nicht mehr unmöglich und kam dann ja auch auf Landesebene 1995 zustande, als die SPD unter Ministerpräsident Rau die absolute Mehrheit verlor. Auch kommunalpolitisch bahnte sich das an. Man konnte die Grünen nicht mehr ignorieren (auch wenn sie 1990 zeitweilig aus dem Bundestag rausgekegelt wurden, weil sie – ähnlich wie die Sozialdemokratie – mit der nationalen Euphorie der Wiedervereinigung nicht umgehen konnten. Die Grünen sind eine spezifische Mischung aus Internationalismus und Heimatseligkeit (was nicht negativ gemeint ist), ohne dass sich das widersprechen müsste: Man kann ja vom Bauern oder Betrieb um die Ecke beziehen und zugleich den Hungernden in Afrika helfen.)

Einer der ersten Eindrücke der Grünen, als sie in die Räte einzogen, war das Gekungel der beiden großen Parteien in der Pöstchenverteilung und kommunalen Auftragsvergabe, selbst dann, wenn einer der beiden in der Opposition stand, was ja gemäß dem gemeindlichen Selbstverständnis einer gemeinschaftlichen Selbst-VERWALTUNG (nicht konfliktiver Politik) eher selten ist und von den sich überparteilich gerierenden Bürgermeistern in der Öffentlichkeit vermieden wird. Nur eben zu Lasten der Kleineren, auch der Grünen. Z.B. ist mittlerweile der Bürgermeister von Siegen, Mues (CDU), allgemein sehr offen. Die Grünen in die kommunistische oder anarchistische Ecke zu schieben, ist ohnehin schon in den 90ern, dann erst Recht im neuen Jahrhundert vorbei (wobei Anarchismus als Staatslosigkeit ohnehin nicht negativ besetzt sein sollte: Er ist eine alte Forderung des Liberalismus oder der katholischen Soziallehre mit ihren subsidiären Familienorientierung).

Hinsichtlich des Kommunismusvorwurfs sind die Linken ein Problem, allerdings kaum des Siegerlandes. Denn der Kalte Krieg in den Innen- und Außenpolitik war seit Ende der 80er Jahre vorbei, dann insbesondere mit der Wiedervereinigung, mit der sich auch die Kriegs- und Friedensfrage neu stellte: Russland war nicht mehr der große ideologische und militärische Feind; Kriege wurden diffus: Bürgerkriege, zerfallende Staate; Rebellionen bis hin zu Völkermorden wie in Jugoslawien und Ruanda, so dass man sich zunehmend zu humanitären militärischen Interventionen gezwungen sah. (Allerdings blieb die Beteiligung der rot-grünen Koalition 1998 – 2005 an den Kriegen im Kosovo und in Afghanistan stets umstritten – zu Recht, auch wenn man deren Erfolglosigkeit zumindest am Hindukusch sieht. Hier gehörte es zur Grünen-Politik, sich stets auch nicht gerechtfertigten Kriegen durch Mobilisierung vor Ort zu widersetzen, wobei man allerdings in der Zeit des grünen Außenministers Fischer in eine Zwickmühle geriet, wie halt das Leben so ist. Wir haben kein anderes.)

Wie gesagt, die Zeit um 1989 und 1990 brachte den Grünen zunächst einmal einen gewissen Einbruch in der Wählergunst, mitbedingt durch den Realo/Fundi-Konflikt auf Bundesebene, der dann zu Beginn der 90er zugunsten der Realos um Fischer gelöst wurde. Die Kommunalwahlen im Herbst 1989 brachte auf Kreisebene Verluste (bis auf Hilchenbach und Wilnsdorf), denen der neue Kreisvorstand „unter“ Gerlinde Schnabl als Sprecherin durch verstärkte Basisarbeit begegnen müsse. Ansatzpunkte boten der zunehmende Ausbau der Innenstädte zu „Shopping-Centers“, deren autogerechter Ausbau durch Riesenparkhäuser und Straßen und deas dadurch bedingte Verdrängen des kleinen Einzelhandels um die Ecke, was alles die Grünen aber letztlich auch nicht verhindern, nur modifizieren und abbremsen konnten. Ein großer Erfolg der Partei war allerdings die Befreiung des Parkplatzes im unteren Schloß von den dort widerrechtlich parkenden PKWs. Dass das dem Bebauungsplan widersprach, hatten die Grünen aufgedeckt.

Trotz einiger Rückschläge, aber auch auf der Basis des Geleisteten fühlten sich die Grünen für die Kommunalwahlen am 16.10.1994 so stark, Ämter in der Verwaltung anzustreben, so die Kandidatin Helga Gaden, einer selbständigen Unternehmerin, das Amt der Stellvertretenden Bürgermeisterin von Siegen. Denn die Wahlen zum Europa-Parlament in diesem Jahr hatte der Partei ein zehnpromzentiges Ergebnis gebracht. Man zog mit der Parole in den Wahlkampf, dass Umweltschutz neue Arbeitsplätze schaffe, auch auf der kommunalen Ebene. Außerdem sollten nicht sinnlos neue

Gewerbegebiete ausgewiesen werden, sondern Industriebrachen saniert und Baulücken geschlossen werden. Weitere Jugendzentren seien vonnöten, ebenso Hortplätze. Nach den Wahlen kam es in Siegen zu einer rot-grünen Koalition. Beide wählten den Sozialdemokraten Kirchhöfer und die Grüne Gaden zum ersten und stellvertretenden BürgermeisterIn. Der SPD-Stadtrat Mock wurde ein Jahr später von beiden Parteien zum Stadtdirektor bestimmt.

Dieser Aufschwung führte auch dazu, dass 1995 erstmals ein grüner Landtagsabgeordneter aus dem Kreis – Johannes Rimmel - in den Düsseldorfer Landtag einzog.

Die Übernahme von Ämtern machte es unvermeidlich, dass man zunehmend auch staatliche Gelder erhielt. Und das hat immer zur Folge, dass man – was auch immer man tut und auch wenn man ehrlich ist – man leicht in den Verdacht des Missbrauchs kommt, vor allem wenn der politische Gegner es ausschachtet. Das passierte der Stellvertretenden Bürgermeisterin Gaden, der unklare Verdienstausfallberechnungen vorgeworfen wurden. Das schadete der Partei sehr. Der Fall wurde nie so recht aufgeklärt.

1995 wurde auch die Parteiorganisation ausgebaut: in Freudenberg und Neunkirchen kam es zu eigenen Ortsverbänden, unter anderem, weil hier die Wahlergebnisse besonders gut waren. Der Kreisparteitag der Grünen im März 1997 lief dementsprechend harmonisch ab. Sprecher wurde M. Poser-Osterburg, der angesichts der neuen Konstellationen (Regierungsbeteiligung) eine Intensivierung der Programmarbeit forderte. Auch, um dem entgegenzusteuern, dass man zu bloßen Mehrheitsbeschaffern in Koalitionen werde.

Das war notwendig, insbesondere, seitdem die Grünen im Jahre 1998 Minister in der Bundesregierung stellten und seit dem Frühjahr 1999 den Krieg der NATO gegen Jugoslawien mit trugen. Nur mit knapper Mehrheit sprach sich die Partei im Kreis auf einer Versammlung in Kreuztal am 24. Mai 1999 für eine Beteiligung am militärischen Einsatz aus. Diese Ereignisse erschütterten die Mitglieder tief, weil man letztlich nicht darauf vorbereitet war.

Aber so recht fühlten sich die Grünen bei den diversen Regierungsbeteiligungen auf allen Ebenen nicht wohl: Schon auf der Kreisverbandsversammlung im Januar 1998 hatte nur eine knappe Mehrheit für eine Fortsetzung der NRW-Koalition votiert. Um so mehr forderte man eine schneller Beendigung des Braunkohlebergbaus im Lande

(„Garzweiler“) sowie eine strikte Einhaltung der naturschutzrechtlichen Vorgaben der EU-FHH-Richtlinie (Fauna – Flora – Habitat –RL), auch gegen verkehrspolitische Belange und gegen die Siegen-nördliche Autobahn an Wittgenstein vorbei, obwohl sie mit dieser Ablehnung bei den Wittgensteinern z.T. auf Ablehnung stieß (Folge: Mitgliederverluste in dieser Region). Im Jahre 2000 stimmte dann allerdings eine deutsche Kreisverbandsmehrheit für den Erhalt der Koalition mit der SPD in NRW. (19 JA gegen 11 Nein).

Die Koalition mit der SPD in Siegen brachte nicht nur Freude, da die Abstimmungsprozesse mit der Partei sehr schwierig waren. Auch erwies sich der grüne Sozialdezernent Rohr als nicht so engagiert wie gedacht. Die eher linken Grünen in Siegen (im Gegensatz zu denen in Wittgenstein) beäugten die administrativen Tätigkeiten ihrer Mitglieder in Rat und Verwaltung stets kritisch.

Zu den Kommunalwahlen im Jahre 1999 forderten die Grünen, deren Mitgliederzahl im Kreis insgesamt auf 175 angewachsen war, eine bessere Platzgestaltung in der oft grauen Stadt Siegen sowie dort den Abriß der Siegplatte über dem Sieg-Fluß, der nicht mehr zugänglich war. Zudem sei es besser, bestehende Schulen zu renovieren als neue zu bauen. Kommunale Beschäftigungsförderungsgesellschaften seien zu unterstützen. Aber ehrlich verwies auch darauf, dass nicht alles finanzierbar ist. Oft könnten auch Private Projekte tragen, statt immer nur der Staat.

Kommunale Haushaltssicherung (erzwungen durch die Aufsicht des Regierungspräsidiums) war und ist eines der zentralen Themen seit 1990. Das Sparen in gemeindlichen Budgets ist kein neues Problem, sondern wurde von den Grünen schon vorgebracht, ehe die Grundlagen für die gegenwärtige Verschuldung gelegt wurden: Auf der kurz vor den Bundestagswahlen am 14.1.1984 stattfindenden Kreisversammlung der Partei wurde u.a. auch beschlossen, Großprojekte wie Wellenbäder (Bad Berleburg) oder Kurparks (Bad Laasphe) wegen der nur schwer kalkulierbaren und überhaupt hohen Folgekosten zu streichen. (SZ 13.1.83) Daher lehnte 1995 man auch das Groß-Kulturzentrum von Stadt Siegen und Kreis ab (geplante Kosten: 15 Mrd. DM!) In die gleiche Richtung stießen die Energiekonzepte, die systematisch die kommunalen Kosten in diesem Bereich verringern sollten. Oder die Einsparung teuer Großprojekte inkl. aufwendiger Straßenbauten. Das man hier zu Kooperationen auch mit den anderen Parteien bereit war und ist, wenn diese ausgewogene Budgets

vorlegen, zeigt die Zustimmung der Grünen zum Siegener (Spar)-Haushaltsplan des durchaus kooperativen CDU-Bürgermeisters Mues im Jahre 2010, auch deshalb, weil die Partei

Zentrales Gestaltungs-Instrument der Kommunen ist gemäß der baurechtlichen Gesetzgebung der verbindliche Bebauungsplan für Wohn- und/oder Gewerbegebiete, die der Rat im Rahmen der Gesetze gemäß den Vorgaben der Regional- und Landesplanung und gemäß dem Stadtentwicklungsplan und nach Genehmigung durch den Regierungspräsidenten erlässt. Die Grünen waren und sind hier stets zurückhaltend in der Ausweisung neuer Bebauungsgebiete, aus umweltpolitischen Gründen und weil nicht jedes Wirtschaftswachstum sinnvoll ist (was keine Wirtschaftsfeindlichkeit ist, wie die Tatsache zeigt, dass man oft auch für eine Senkung der kommunalen Gewerbesteuerhebesätze war.) Deshalb war man gegen die Erschließung des Heidenbergs in Siegen, deshalb auch für die Schließung der Bundeswehrstandortverwaltung dort, weil man es im Sinne des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls – nicht nur oder am wenigsten aus pazifistischen Gründen – ablehnt, Standorte nur deshalb zu erhalten, weil sie Arbeitsplätze bringen. Der Verweis, man könne doch woanders schließen, wird als Sankt-Florians-Prinzip verworfen. Neue Arbeitsplätze müsse man durch einen kleinstrukturierten Neoindustrialismus und in der im hiesigen Kreis sehr unterentwickelten Kreativindustrie (Medien, Kultur, Unterhaltung) schaffen, ähnlich auch wie im Silicon Valley Kaliforniens.

In der (kommunale) Bildungspolitik drängte die Partei stets auf den Ausbau der Gesamtschulen und auch – wenn dies nicht möglich sei – auf eine Verlängerung der Grundschulzeit für alle. Ziele ist, dass möglichst viele – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – zu höheren Schulabschlüssen und damit zu besseren Lebenschancen geführt werden. Die von ihnen geforderte, dritte Gesamtschule konnte in Siegen aber bisher nicht durchgesetzt werden.

Das große Problem fast aller Siegener ist die HTS: die seit Mitte der 60er Jahre geplante, erst um 2000 fertig gestellte und vom Bund finanzierte, ökologisch verheerende HüttenTal-Straße (HTS) - faktisch eine Autobahn auf betonierte Pfeilern in Haushöhe) - am Rande der Stadt Siegen bis nach Olpe und dem dortigen Autobahnanschluss, die das Stadtbild von Siegen verunstaltete, Menschen aus ihren Häusern vertrieb und nur noch die Verkehrsströme vergrößerte (wenn sie auch den innerstädtischen Verkehr entlastete.) Sie widersprach dem Ansatz der Grünen, den öffentlichen Nah-

und Rad-, Bus- und Bahnverkehr, Nahverkehrsgleise, Fahrradstationen an Bahnhöfen, Kleinbahnen und betriebliche Gleisanschlüsse auszubauen oder zu revitalisieren, die auch nicht privatisiert werden sollten. Insbesondere im ländlichen Raum war der ÖPNV überlebenswichtig. (siehe das Projekt der Johannland-Bahn, Siegener Kreisbahn) Denn mehr Straßen erzeugen nur mehr Verkehr – eine endlose Spirale! (was aber nicht heißen soll, das Auto gänzlich zu verbannen oder eine Radpflicht zu verordnen.) In diesem Bereich dürfe man sich auch nicht dem Diktat einer expansiven Wirtschaftslogik unterwerfen, denn die verlangt nach immer mehr ökonomischer Arbeitsteilung und damit immer mehr Transporte. Alles individualisiere die Menschen außerdem zunehmend, und mache sie zu ständig mobilen Monaden im Interesse der Industrie und des Kunden, der immer billigere Waren kaufen will. Das hieß auch: keine Subventionen für regionale Flughäfen, deren Sinn überhaupt in Frage gestellt wurde. Helga Rock: „Rund ein Drittel der Menschen im Kreis fährt nicht Auto: Sie sind zu jung, zu alt oder können sich keines leisten.“

Schon im Kommunalwahlkampf von 1984 war die HTS Thema. Die Grünen kritisierten, dass sie zwischen den großen Parteien schon gar nicht mehr diskutiert werde. Auch hielt man die der Planung zugrunde liegende Prognose für nicht fundiert. (SZ 24.9.84) Verwaltungsgerichte müssten hier im Interesse der Bürger eingreifen, so Gräber-Reimann weiter. Mit ähnlichen Gründen lehnten die Grünen die Autobahnverbindung A4 ab, die 2010 endgültig zur Zufriedenheit der Partei scheiterte.

Es war klar: Schon in den 60er Jahren war das letzte Eisenerzbergwerk im Siegerland geschlossen worden, da es sich angesichts der weltweiten Konkurrenz nicht mehr lohnte. In den 80er Jahren kam das Ende der Stahlindustrie, insbesondere von Krupp, aus ähnlichen Gründen der Globalisierung. Das Siegerland hatte im Gegensatz zum Ruhrgebiet allerdings den Vorteil, dass sich in dieser Tradition eine mittelständische und weltmarktfähige, metallverarbeitende und Maschinenbauindustrie (nicht nur SMS in Hilchenbach) entwickelt hatte, die die Quote der Arbeitslosigkeit mit rd. 8% durchschnittlich einigermaßen erträglich hielt. Hier setzten die Vorstellungen der Grünen an. (siehe unten)

In Wittgenstein war und ist dominant die Gesundheits- und Kur“industrie“, die auch die Streichungen im Gesundheitssystem überlebte.

Was waren nun die Maßnahmen der Partei im einzelnen? Wegen des Wegbrechens dieser altindustriellen Bereiche setzte sich Hartmut Thomas schon früh 1984 für ein kommunales Angebot von Lehrstellen ein (WN

3.7.84) Damit überhaupt einigermaßen ausgebildete Jugendliche zur Verfügung stünden, dürften auch keine Schulen im ländlichen Raum geschlossen werden. Arbeitsplätze könnten auch regionale Blockheizkraftwerke bieten. Alternative Betriebe müssten durch Kredite vom Kreis gefördert werden. Auch lokal müsse die Arbeitslosigkeit von rd. 2 Millionen bekämpft werden, z.B. durch Handwerkerkooperativen und Beschäftigungsgesellschaften mit öffentlicher Unterstützung (auch seitens der EU). Insgesamt sei die mittelständische Industrie des Siegerlandes – unter Mithilfe des Technologiepotentials der Universität vor Ort - zu unterstützen. Dazu sollen Krupp auch Flächen verkaufen, um neuen Betrieben in den engen Tälern der Stadt Platz zu geben. Dem DGB warf man vor, dass er Wirtschaftsentwicklung ohne Rücksicht auf den Umweltschutz betriebe. Denn der DGB hatte die industrielle Nutzung des vormaligen Truppenübungsplatzes verlangt, obwohl dieser ökologisch sehr wertvoll ist.

Denn ein zentrales Ziel der Grünen war und ist die Förderung der kleinen Wirtschaft: Handwerk, Kleinindustrie, bäuerliche Betriebe (wie es im Siegerland und in Wittgenstein dominiert). Kleine Formen sind demokratischer, flexibler, billiger, unbürokratischer, innovativer (auch auf den Weltmärkten), markt- und umweltgerechter, antikartellistischer, auch offen für moderne Technologien bei Sicherung von hoher Arbeitsproduktivität (z.B. Forschungsabteilungen gegen die Arbeitslosigkeit), und angepasster an den Menschen, wie er nun mal ist, der sich mit solchen Gebilden besser identifizieren kann (weshalb ja z.B. auch die Katholische Soziallehre untere Einheiten, z.B. die Familie, an die Stelle des Staates setzt. Der Einfluss des Christentums auf die Programmatik der Grünen ist – ihnen selbst zum Großteil unbewusst – sehr groß.)

Das Gesagte gilt für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gleichermaßen, denn nach dem Subsidiaritätsprinzip wissen die am besten Bescheid, die vor Ort sind, nicht die oben in abstrakter Ferne der Hauptstädte.

In der Agrarpolitik der Siegerländer und Wittgensteiner Grünen kam der latent auch konservative und christliche Standpunkt schon früh zum Ausdruck: Man muss das, was man sich geborgt hat, pfleglich behandeln, so die (damals noch parteilose) Theologin und spätere, grüne Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmar am 24.3.1984 in einem Vortrag in Schameder. Sie wandte sich – durchaus in Übereinstimmung mit den Grünen vor Ort und in der Region – gegen die ständige Mechanisierung und

Rationalisierung der Landwirtschaft, wie sie – nach amerikanischem Vorbild - insbesondere von der Europäischen Gemeinschaft seit deren Agrarkommissar der 60er, dem holländischen Sozialisten Mansholt, forciert wurde und wird. Das knechte nicht nur Natur, Umwelt und Tiere, sondern blähe auch die internationalen Verkehrsströme durch eine zunehmende Arbeitsteilung auf. Mittelbäuerliche, ggf. auch Familien- und Nebenerwerbsbetriebe (ggf. vereint in Genossenschaften und kooperierend mit Maschinenparks) sind aus ähnlichen Gründen wie im vorherigen Absatz aufgezeigt nicht nur überlebensfähig, sondern auch optimaler, da angepasster. Implizit geht man dabei davon aus, dass die europäische Landwirtschaft weiterhin gegen die evt. billigere Weltmarktkonkurrenz durch Zölle geschützt werden muss (was aber nichts neues wäre und auch von den Landwirtschaftsverbänden gefordert wurde und wird). Dass ein solcher, geschützter, europäischer Großwirtschaftsraum Probleme in der internationalen Weltorganisation schafft (GATT, WTO), war/ist erstens auch nichts Neues und zweitens dadurch zu begegnen, dass man den anderen Kontinenten auch solche Großwirtschaftsräume zugesteht. Ohnehin exportieren die deutsche Wirtschaft und andere europäische Wirtschaften zu 80% und mehr nach Europa.

Dr. Vollmer forderte weiterhin, dass die staatlichen Flurbereinigungsmaßnahmen eingestellt und die Überschwemmung von Märkten der 3. Welt mit Billigagrарprodukten aus dem Norden beendet werden müssten, denn das führe nur dazu, dass die einheimischen Bauern und die ländlichen Arbeitsplätze nur zerstört und die Bauern in die sozial, psychisch und ökonomisch verwahrlosten Slum getrieben werden. Dass durch bäuerliche Betriebe die Kosten für Nahrungsmittel steigen, wird durch die Vermarktung vor Ort und durch Verringerung der Produktpalette kompensiert. (SZ 25.2.83)

Direktmarketing von Bauern, Verbraucher-Produzentengemeinschaften, um den Umstellungsprozeß auf neuen Produktionsweisen berechenbarer zu machen, das waren weitere, grüne Vorstellungen.

Es wurden schon 1989 Kommunale Beschäftigungsgesellschaften gefordert, die billiger sind als Sozialhilfe oder Hartz IV und die Probleme sozialer und psychischer Desintegration und Desorganisation infolge Arbeitslosigkeit verhindern. Ökologische und sozialpolitische Aufgaben für sie gab und gibt es genug. Die Grünen und die SPD realisierten dieses Konzept dann auch 2003 auf Bundesebene (Agenda 2010).

Ein Dauerthema von den 80ern bis Ende der 2010-er Jahre war die Umbenennung des Flick-Gymnasiums in Kreuztal. Hier war besonders aktiv Anke Hoppe-Hoffmann, die Fraktionssprecherin im Kreuztaler Rat. Schon in den 80er Jahren waren Forderungen nach Beseitigung des Namens (auch auf Straßenschildern) aufgekommen. Im November 2008 wurde die Schule in „Städtisches Gymnasium Kreuztal“ endlich umbenannt. Flick war mit seinen von ihm verantworteten, geschundenen Zwangsarbeitern aus der Zeit des Nationalsozialismus weder lokal, noch national noch international tragbar, allerdings war der Kampf bis dahin durchaus nervenaufreibend mit selbst persönlichen Angriffen gegen grüne Vertreter.

Ein weiteres kreisweites Thema war die den Kommunen von der WestLB und der Uni Siegen aufgeschwatzten Spekulationspolitik mit den Geldern und Schuldtiteln aus den Gemeindehaushalten, um möglichst hohe Zinsgewinne zu erwirtschaften. Die Grünen wiesen früh auf die Gefahren und Risiken derartiger, internationaler Geschäfte hin, zu Recht, wie die weltweite Finanzkrise 2007 ff. zeigen sollte. Mittlerweile hat z.B. Kreuztal einen daraus resultierenden Verlust von mehr als sechs Millionen Euro zu verzeichnen.

Ebenso in Kreuztal hat die Stadt infolge der Liberalisierungspolitik der CDU/FDP-Landesregierung 2005 – 2010 einen Großteil des städtischen Wohnungsbestandes privatisiert. (In dieser Zeit hatte die Stadt auch einen CDU-Bürgermeister, der seine Wiederwahl aber u.a. wegen der Flick-Affäre verlor, weil er aus der Sicht konservativer Kräfte den Flick-Kritikern zu weit entgegengekommen war.) Diese Privatisierung der Landesentwicklungsgesellschaft hat erheblich negative, sozialpolitische Folgen, weil nun die weniger Bemittelten höhere Mieten zahlen mussten, so dass die Sozialhilfeausgaben anstiegen. Zudem scheint in die Wohnungen wenig investiert zu werden, so dass noch größere Folgelasten langfristig auf die Stadt zukommen werden. Aber was einmal verkauft, kann nur schwer wieder etatisiert werden.

Diese Highlights sollten nicht vergessen machen, dass die Hauptarbeit aller Parteien in der konkreten Klein-Klein-Arbeit vor Ort und in den Räten besteht. Hier gibt es auch bei den Grünen viele „local heroes“, von denen nur zwei genannt seien.

Im gegenwärtigen Rathaus von Bad Berleburg ist die Stadträtin Lapschies der Grünen eine Einzelkämpferin: die Themen gehen vom Bürgerbüro über eine kundenorientierte Ausrichtung der Stadtverwaltung und einem transparenteren Haushaltsentwurf bis zur (von ihr abgelehnten) Reduzierung der Zahl der Stadtverordneten.

Ähnlich, wenn auch von der Repräsentanz im Rat komfortabler: Die grüne Fraktionsvorsitzende Berlin thematisiert 2010 Fragen von der Notwendigkeit, den Flächenverbrauch zu verringern und eine Baumschutzsatzung zu erlassen, über die Konflikte auch mit der SPD über Gewerbegebiete bis zu demographisch bedingten Schulverbundlösungen und eine erforderliche Verschlankung der Verwaltung. (SZ 24.6.2010)

Für die Grünen im Kreis ist natürlich die Siegener Universität ein Feld ihrer Politik, zumal sie von dort ein Nachwuchsreservoir hat, das allerdings fluktuierende ist (bedingt durch den alsbaldigen Wieder-Wegzug der Studierenden). Besonders aktiv ist hier ihr Landtagsabgeordneter Rimmel, der die Verbindungen zur Bildungspolitik schlagen kann, die in Düsseldorf entschieden wird. Insgesamt betrachten die Grünen die zunehmende Verbetriebswirtschaftung der Universitäten seit Beginn des neuen Jahrhunderts skeptisch. Überregulierte Studiengänge und erst recht die diversen Kennziffern- und Public Management-Systeme werden abgelehnt, von denen die Studiengebühren nur ein Teil sind – als vorgebliches Anreizsystem für HochschullehrerInnen und Studierende. Mit der Regierungsübernahme durch die rot-grüne Minderheiten-Regierung im Juli 2010 wurden dann auch die Studiengebühren wieder abgeschafft. Für die Universitäten gelten aus Sicht der Grünen auch die allgemeinen, bildungspolitischen Grundsätze: mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem, mehr Chancengleichheit, mehr Studenten, mehr Demokratisierung. (Eine grüne Hochschulgruppe gab es allerdings 2010 nicht, bedingt durch die weit um sich greifende Apathie der Studenten. Auch in Erndtebrück konnte sich 2009 kein Team finden, das zu den Kommunalwahlen kandidiert hätte.)

Kurz: Die Arbeit der Grünen geht mit gleicher Vehemenz trotz aller Veralltäglichsung weiter – Schritt für Schritt. Der Fortschritt ist eine

Schnecke. (Allerdings macht die Schnecke zuweilen Sprünge, so als der Siegerländer Grünen-Landtagsabgeordnete J. Remmel 2010 Minister in Düsseldorf wurde.)